

Praktika weiterhin unkontrollierbar

Die Verhandlungen über eine gesetzliche Regulierung des Praktikums sind gescheitert. Die DGB-Jugend bleibt weiter an dem unbequemen Thema.

Egal worauf sich die Parteien einigen, wir werden darauf drängen, dass es einen Gesetzentwurf zum Thema Praktika geben wird«, kommentiert DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf das Scheitern der Gespräche zur Regelung von Praktika.

Im Jahr 2006 war die Petition unter Rekordbeteiligung von 108.000 BürgerInnen eingebracht worden – die größte, die es je gegeben hat. Am 17. Dezember 2008 sollte es im Petitionsausschuss des Bundestages zur Aussprache kommen.

Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hatte zwar im Vorfeld keinen Hehl daraus gemacht, dass sie von Regelungen nichts hält. Sie gefährdeten die Existenz von Praktika. Zeitgleich hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag vor Gesetzesänderungen gewarnt.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hingegen hatte immerhin geplant, ein Anrecht auf eine angemessene Vergütung festzuschreiben zu lassen und die Klagefristen in Fällen unfairer Bezahlung deutlich auszuweiten.

Ein dennoch beschlussreifer Kompromiss zwischen Bundesarbeits- und Bundesbildungsministerium ist nun geplatzt.

GEWERKSCHAFT ONLINE

Gutes Metall

Daten, Fakten, Zahlen: Ein neues Internetportal der IG Metall beantwortet alle Fragen und Wünsche zum Thema »Gute Arbeit«. [5]

www.gute-arbeit-praxis.de

BROSCHÜRE »STIMMT SO«



Kaum gedruckt, schon war sie weg – die DGB-Jugend-Broschüre »Stimmt so«, randvoll mit Infos zum Jobben in Restaurants, Kneipen und Hotels. Ab sofort ist sie, neu aufgelegt, wieder verfügbar. Zu bestellen auf www.dgb-jugend.de, »Broschüren«

Dabei wäre eine Regelung dringend nötig: Laut Studie des Bundesarbeitsministeriums werden mehr als 80 Prozent der PraktikantInnen mindestens die Hälfte der Arbeitszeit als normale Arbeitskraft eingesetzt.

»Diesen Missbrauch gilt es endlich zu stoppen. Das Praktikum muss als ein Lernverhältnis festgeschrieben, auf die Dauer von drei Monaten begrenzt und ordentlich bezahlt werden«, sagt Rudolf. Die DGB-Jugend fordert u.a. eine monatliche Vergütung von mindestens 300 Euro.

Von den Parteien beschwerte sich Die Linke. Deren bildungspolitische Sprecherin Nele Hirsch monierte, die Bundesregierung lasse tausende PraktikantInnen ohne Schutz im Regen stehen: »Seit über zwei Jahren speist die Bundesregierung sie mit folgenlosen Ankündigungen ab.«

INHALT

3 thema

Finanzkrise: Was sie für junge Leute bedeutet

Konjunkturprogramm: Was der DGB vorschlägt

4 ausbildung + beruf

Wieder da: Die AEUO

Gute Ausbildung: Die Online-Befragung »Expertenmonitor«

5 projekte

Gelbe Hand-Wettbewerb: Die GewinnerInnen

JAV-Ratgeber Spezial: Wichtige Literatur

6 azubi-ratgeber

Neues Jahr, neues Geld: Beihilfen für Azubis

7 bezirke + gewerkschaften

Berlin: DGB- und ver.di Jugend stauen für Mindestvergütung

Der hochschulpolitische Sprecher der Grünen, Kai Gehring, glaubt, dass für die Generation Praktikum in dieser Legislaturperiode keine Verbesserungen mehr zu erwarten sind: Weil sich die Minister »selbst auf einen Mini-Schutzschirm für Praktikanten nicht einigen können, werden die jungen Berufseinsteiger auf den St. Nimmerleinstag vertröstet.

Frank Schneider vom Verein Fairwork, der sich die Einhaltung fairer Arbeitsbedingungen im Praktikum auf die Fahne geschrieben und stark für die Petition eingesetzt hat, hatte auf eine schnelle Einigung gehofft: »Dass Praktikanten häufig ausgenutzt werden, ist doch mittlerweile unbestritten. Die Pläne von Herrn Scholz wären zumindest ein erster Schritt.«

Die Betroffenen selbst befürworten die gesetzliche Regelung der Praktika: Jeder zweite ist der Auffassung, dass Praktika auf die Zeit vor dem Ende der Ausbildung begrenzt werden sollten.

»Wir werden weiter dafür kämpfen und mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 darauf achten, welche Parteien welche Lösungen anbieten«, sagt Jessica Heyser, bei der DGB-Jugend für das Thema Praktika zuständig. [5]

Kinderarmut wächst...

...Mindestlohn auch ■ 81% der BundesbürgerInnen fordern die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zur wirksamen Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Studie der Gewerkschaft ver.di. Auch die gewerkschaftlichen Forderungen nach einem Ausbau des Kindergeldes zu einer eigenständigen Kindergrundsicherung sowie nach einer Erhöhung der Hartz IV-Bezüge werden von einer Mehrheit der BürgerInnen unterstützt.

www.mindestlohn09.de

Unter Durchschnitt

Arbeitskosten ■ Deutsche Arbeitgeber zahlten im dritten Quartal 2008 im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich kalenderbereinigt plus 2% mehr für eine geleistete Arbeitsstunde als in dem entsprechenden Vorjahresquartal. Im Vergleich zum Vorquartal stiegen die Arbeitskosten saison- und kalenderbereinigt um 1,1%.

Damit wies Deutschland im Jahresvergleich mit deutlichem Abstand die niedrigste Wachstumsrate innerhalb der EU auf, gefolgt von Malta (1,8%), Schweden (2,2%) und Frankreich (2,4%). Die höchste Veränderungsrate hatte Lettland mit einem Plus von 24,8%. In der EU war der durchschnittliche Anstieg mit 3,4% deutlich höher als in Deutschland.

www.destatis.de

Flache Sache

BIBB-Ausbildungszahlen ■ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat seine erste Analyse zur Ausbildungsmarktentwicklung 2008 vorgelegt. Danach ist ein Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Jahr 2008 zu verzeichnen. Nach den BIBB-Zahlen fehlten Ende September 2008 immer noch rund 84.200 Ausbildungsstellen. Der kurzzeitige Aufschwung auf dem Ausbildungsmarkt sei in den letzten Monaten jedenfalls »merklich« abgeflacht, teilt das BIBB mit.

www.bibb.de/de/50575.htm

Grüne Wünsche

HRG-Nachfrage ■ Für den Stand der Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) interessiert sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Abgeordneten möchten in einer Kleinen Anfrage wissen, wann die Bundesregierung weiter über den entsprechenden Gesetzentwurf berät und wann das HRG tatsächlich abgeschafft wird.

Bundestagsdrucksache 16/11355, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/113/1611355.pdf>

Anteil gesunken

Bildungsausgaben nicht dolle ■ Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2008 Bildungsausgaben in Höhe von etwa 92,6 Mrd. Euro veranschlagt. Das sind 0,8% mehr, als für das Jahr 2007 geplant waren. Im Jahr 2005, dem letzten Jahr, für das endgültige Angaben verfügbar sind, wurden von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt 86,7 Mrd. Euro für Bildung zur Verfügung gestellt. 1995 waren es 75,9 Mrd. Euro. Oh-oh, kommentiert die ver.di Jugend: »Dieses Budget hat sich zwar seit 1995 erhöht, aber sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt ging im gleichen Zeitraum zurück. Von 6,9% 1995 auf 6,3 in 2005 und nur noch 6,2% in 2006.« Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben je SchülerIn im Zeitraum 1995 bis 2005, so sind die Ausgaben in Deutschland um 5% erhöht worden, im OECD-Durchschnitt und EU 19-Durchschnitt dagegen um 34% bzw. 36%.

www.verdi-jugend.de

Lauer Anstieg

StudienanfängerInnen ■ Die Studienanfängerzahl ist gegenüber dem Vorjahr um 24.000 auf 385.500 gestiegen, also um 6,7%. Damit beginnen 39% eines Jahrgangs ein Studium. Die Gesamtzahl der Studierenden stieg um 68.000 und liegt damit seit fünf Jahren erstmals wieder über 2 Mio.



A. Meyer

Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes **Achim Meyer auf der Heyde**: »So erfreulich der Anstieg der Studienanfängerzahlen in den Jahren 2007 und 2008 auch ist: Gegenüber 2003 beträgt die Steigerung gerade mal 2,1%, die der SchulabsolventInnen mit Hochschulzugangsberechtigung schätzungsweise jedoch 20%!«

www.studentenwerke.de

fzs beschwert sich

Aufstiegsstipendien ■ Mit der gerade verkündeten Aufstockung der Aufstiegsstipendien durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist der studentische Dachverband freier Zusammenschluss der Studierendenschaften (fzs) überhaupt nicht zufrieden: fzs-Vorstand **Florian Keller**: »Eine deutliche Ausweitung des Empfängerkreises sowie eine Anhebung des MeisterBAföG würden die Hochschulzugangsberechtigten mit beruflichem Hintergrund wesentlich besser erreichen.«

Der fzs fordert eine bedarfsdeckende, altersunabhängige und vor allem rechtlich garantierte Studienfinanzierung für alle Studierenden.

www.fzs.de

EU für Jugend

Gesundheit: Prävention ■ Die 27 für Jugend zuständigen EU-Minister haben eine Resolution zu »Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen« beschlossen. Zwar sei der Zustand der Jugendlichen in der EU »durchaus zufriedenstellend«, in bestimmten Feldern aber gebe es Handlungsbedarf: Ernährung, körperliche Betätigung, Alkoholmissbrauch, sexuelle und geistige Gesundheit. Gesundheit und das Wohlergehen junger Menschen sollten durch einen ressortübergreifenden Ansatz gefördert werden. Insbesondere Schule und Jugendarbeit sollten die psychische Gesundheit junger Menschen fördern, auch »gegen selbstzerstörerische Verhaltensweisen und Selbstmord«, wie es heißt.

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/educ/104209.pdf

Muss helfen

Jugendamt ■ Die deutschen Jugendämter haben im Jahr 2007 in 421.000 Fällen Familien, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erstmals mit erzieherischen Hilfen unterstützt. Dazu gehörte Erziehungsberatung (295.000 Fälle) ebenso wie sozialpädagogische Familienhilfe oder Heimerziehung (126.000). 29% der unterstützten Familien bzw. jungen Volljährigen hätten zusätzlich auch finanzielle Hilfe vom Staat bekommen – das waren Arbeitslosengeld II, bedarfsorientierte Grundsicherung oder Sozialhilfe.

www.destatis.de

Unerträglich

Schulstarthilfe ■ Die Koalitionsfraktionen haben sich nicht auf erweiterte Schulstarthilfen für bedürftige Kinder einigen können. Es bleibt deshalb bei der Regelung, dass Kinder ärmerer Familien eine Starthilfe von 100 Euro pro Schuljahr erhalten sollen, das aber nur bis zur 10. Klasse. **Annelie Buntentbach** vom DGB-Vorstand ist sauer: »Es ist unerträglich, dass Kinder aus ›Hartz IV-Familien‹ unter dem Gerangel der Koalitionsfraktionen leiden müssen und im Regen stehen gelassen werden. Gerade sie haben die Schulstarthilfen über die Jahrgangsstufe 10 hinaus dringend nötig, um Zugang zu höherer Bildung bis zum Abitur zu erhalten.«

Wer die Schule früh verlassen müsse, weil er sich längeres Lernen nicht leisten könne, werde auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gedrängt, der für AbgängerInnen mit niedrigen Abschlüssen schlechtere Chancen biete.

www.dgb.de



A. Buntentbach

Übernahme wird schwierig

Was die Finanzkrise für junge Leute bedeuten könnte, sagt der Leiter der Projektgruppe »Prekäre Beschäftigung« Johannes Jakob von der DGB-Abteilung Arbeitsmarktpolitik.

Angesichts der Finanzmarktkrise und der negativen Wirtschaftsprognosen werden neue Zumutungen auf die Beschäftigten zukommen. Womit ist zu rechnen?

Wenn es tatsächlich zutrifft, dass die Wirtschaft 2009 ein Minuswachstum von zwei bis vier Prozent erleben wird, wie einige Wissenschaftler und Bankenvertreter vermuten, hat das natürlich Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften werden Wert auf sozialverträgliche Abfederungen legen müssen. Erstes Ziel muss sein, Entlassungen zu vermeiden. Für Auszubildende müssen Lösungen gefunden werden, dass sie nach der Ausbildung in Beschäftigung kommen – das bedeutet: Übernahme nach der Ausbildung, notfalls auch vorübergehend in Teilzeit. Zum Teil besteht nach dem Tarifvertrag ein Anspruch. Eine weitere Prekarisierung von Arbeit gerade für junge Menschen muss aber unter allen Umständen vermieden werden.

Die ist allerdings schon ganz ohne Krise in vollem Gange, wie die Sonderauswertung Junge Beschäftigte des DGB-Index Gute Arbeit ergeben hat. Danach sind sie jetzt schon die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt. Werden die Unternehmen die Finanzkrise zu Rationalisierungen nutzen?

Das gilt es zu verhindern. Die Krise zeigt schließlich, dass die bisherigen Rezepte für den Arbeitsmarkt zu Fehlentwicklungen geführt haben.

Die Gewerkschaften freuen sich also?

Natürlich nicht! Aber wir haben immer vor



Cartoon: Nel / cartooncommerz.de

zuviel Deregulierung gewarnt. Wir sind für mehr Mitbestimmung eingetreten und dafür, dass Arbeit durch Tarifverträge sozial abgesichert ist. Dies wird an Bedeutung gewinnen. In der Wirtschaft gibt es nicht nur »schön Wetter«, da ist es gut, wenn man die Gewerkschaften im Rücken hat – das gilt natürlich auch für die jungen Beschäftigten.

Welche Maßnahmen sehen die Gewerkschaften speziell für das Thema prekäre Arbeit Jugendlicher vor?

Junge Menschen brauchen Perspektiven, soziale Sicherheit und geregeltes Einkommen. Deswegen müssen wir darauf hinarbeiten, dass befristete Beschäftigung und Leiharbeit zurückgedrängt werden. Hiervon sind in hohem Maße Jugendliche betroffen. Die Betriebsräte können zum Beispiel Quoten vereinbaren, um die Zahl der Leiharbeiter zu senken.

Wer in der Ausbildung ist, sollte sicher vor den Auswirkungen der Krise sein, oder?

Beim derzeitigen Stand kann man davon ausgehen, dass die, die einen Ausbildungsvertrag haben, auch die Ausbildung beenden werden. Die kritische Phase tritt danach ein –

wenn die Übernahme ansteht. Da werden die Unternehmen vermutlich große Zurückhaltung üben.

Finanzkrisen gibt es immer mal – was ist an dieser besonders?

Das Neue ist, dass sie viele Länder gleichzeitig betrifft. Deswegen wollen die Regierungen ja auch koordiniert gegensteuern. Aus meiner Sicht sind die bisherigen Maßnahmen aber zu zögerlich. Es muss sicher noch mehr in die In-

frastruktur investiert werden, aber auch in Ausbildung, Weiterbildung und ökologische Erneuerung.

Wenn ich jetzt Schulen renoviere – was hat das mit der Finanzkrise zu tun?

Dass der Handwerker, der die Schule renoviert, erstens Arbeit hat und zweitens Material kauft, das er verarbeitet. Das schafft wiederum Arbeitsplätze, Geld kommt in den Kreislauf. Jeder Euro, der zusätzlich ausgegeben wird, stärkt die Wirtschaft. Allerdings wird sich das bei den derzeit genannten Zahlen für öffentliche Investitionen in Grenzen halten. Wir fordern daher für 2009 ein Konjunkturprogramm im Volumen von mindestens 60 Milliarden Euro.

Sollte man auch privat sein Geld aus dem Fenster werfen?

Wer konsumieren kann, sollte dies tun – wenn Bedarf besteht. Dazu ist es sinnvoll die unteren Einkommen zu entlasten. Damit der Konsum nicht noch stärker einbricht, kann man zusätzlich mit Konsumgutscheinen nachhelfen.

Gab es bei dem – hauptsächlich von Jugendlichen getragenen – Protest in Griechenland einen Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung?

Ich sehe in den Protesten in Griechenland einen ersten Ausdruck dafür, dass sich die Jugend wehrt. Prekarisierungstendenzen gibt es ja im Prinzip in jedem Land in Europa – nur in verschiedener Ausprägung. Ob es auch in anderen Ländern zu gewalttätigen Ausbrüchen kommt, wird sehr davon abhängen, ob die Jugend das Gefühl hat, dass sie Sonderlasten trägt, also die Deregulierung und Prekarisierung vor allem auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Auch in Deutschland?

Abwarten. [5]



GEWERKSCHAFTLICHES KONJUNKTURPROGRAMM

DGB und Finanzkrise

Für die aktuelle Finanzkrise hat der DGB im Dezember 2008 ein Konjunktur- und Wachstumsprogramm mit einem Volumen von rund 60 Mrd. Euro präsentiert. Das entspricht 2,5% des Bruttoinlandsprodukts. Die nötigen Mittel sollen über Kredite aufgebracht werden, könnten sich aber auch bis zu 50% selbst finanzieren, weil jede investive Verschuldung Wachstum und Beschäftigung hervorbringt.

Öffentliche Investitionen soll es in folgenden Bereichen geben: Bildung (10 Mrd.), kommunale Programme (7 Mrd.), Krankenhauso-

denisierung (5 Mrd.), Umwelt (4,3 Mrd.) und Verkehrsinfrastruktur (3 Mrd.).

Zur Stärkung des Konsums schlägt der DGB die Aufstockung der Hartz IV-Regelsätze um 70 Euro für Erwachsene und um 30 Euro für Kinder ab sofort vor. Parallel dazu soll das steuerfreie Existenzminimum auf 8.500 Euro angehoben werden (Volumen: 14 Mrd.).

Zum einmaligen Anschub der privaten Nachfrage plädiert der DGB für die Ausgabe von Konsumschecks in Höhe von 250 Euro für Personen ab dem 16. Lebensjahr mit einem jährlichen Höchststeinkommen von 35.000 Euro (Volumen: 13 Mrd.). [5]

AEVO macht froh

Von den Gewerkschaften gefordert, nun wieder da: Der BIBB-Hauptausschuss stimmt einer neuen Rechtsverordnung für AusbilderInnen zu.

Mit großer Mehrheit hat der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) eine neue Ausbildereignungsverordnung (AEVO) beschlossen. Stimmenthaltungen gab es von den VertreterInnen des Bundes der Arbeitgeber, des Bundeslandes Schleswig-Holstein und des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung.

Damit ist der Weg frei für eine neue Runde in Sachen mehr Qualität in der Ausbildung. Die Vertreterin des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) habe allerdings in den Vorberatungen ihr Unbehagen deutlich gemacht, sagt DGB-Verhandler Hermann Nehls. Eigentlich habe Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) die Wiedereinsetzung der AEVO verhindern wollen – Tenor: In jedem Fall sei die Quali-

tät auf ein notwendiges Maß zu beschränken.

Neuer Angriffspunkt sind nun die Prüfungsvorbereitenden-Kurse – Originalton BMWi: »Weniger Stunden sind zwingend. Wir müssen die Kurse deutlich abspecken.«

Bisher wurden durchschnittlich 120 Stunden in Kursen als Vorbereitungszeit genutzt. Der Vorschlag des BMWi: 80 Stunden. DGB und Deutscher Handwerkskammertag sind aber gegen eine Verkürzung. Nehls: »Das letzte Wort ist also noch nicht gesprochen.«

Die Gewerkschaften haben sich in vielen Punkten durchgesetzt. Damit ist...

Die VertreterInnen der Gewerkschaften wollten die Übergangsregelung kappen, wonach alle, die seit 2003 ohne AEVO ausgebildet haben, dies

auch nach dem 1. September 2009 weiter ohne einen entsprechenden AEVO-Nachweis tun können. Die Gewerkschaften hatten eine Begrenzung dieser Aussetzung bis zum 1. August 2012 verlangt – leider ohne Erfolg.

Auch beim Thema schriftliche Prüfung wurde eine Veränderung beschlossen. Ge-

gen die Stimme der Gewerkschaften heißt es jetzt: »Die schriftliche Prüfung soll höchstens bis zu drei Stunden dauern.« Ursprünglich hieß es: »Soll drei Stunden dauern.«

Während die alte AEVO sieben Handlungsfelder beinhaltete, wurden die Handlungsfelder in der neuen AEVO-Fassung in vier Bereiche systematisiert:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen
2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

...der Weg frei für eine neue Runde in Sachen mehr Qualität in der Ausbildung.

»Was nach wie vor fehlt, sind Weiterbildungsregelungen und -ansprüche des Ausbildungspersonals«, kritisiert Nehls. Gleichzeitig ist er aber zuversichtlich: »Die nächste Etappe bei der Wieder-In-Kraft-Setzung der AEVO ist die Erarbeitung des Rahmenstoffplans. Die Gewerkschaften mischen auch da wieder mit.« [S](#)

Weitere Informationen: Hermann Nehls, E-Mail: hermann.nehls@dgb.de

Kompetenz mit Anspruch

Was ist »gute Ausbildung«? Die Online-Befragung »Expertenmonitor« gibt Auskunft.

Die Qualität der dualen Ausbildung weiterzuentwickeln sollte ein zentrales Ziel der Berufsbildungspolitik sein. So fordert es auch die DGB-Jugend. Was aber kennzeichnet eine »gute« Ausbildung in der Praxis?

Nach Auffassung von Fachleuten sollten die Azubis nicht nur einzelne Arbeitsschritte durchführen, sondern in größere Projekte einbezogen werden, die einen echten Beitrag zu den Geschäftsprozessen der Betriebe leisten. Den Auszubildenden sollte dabei nicht jeder Arbeitsschritt vorgegeben werden, vielmehr sollten sie Arbeitsabläufe eigenverantwortlich planen, durchführen und kontrollieren. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer Online-Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) im Rahmen des »Expertenmonitors Berufliche Bildung«. Dafür wurden 355 Fachleute aus der beruflichen Bildung zu vorgegebenen Qualitätskriterien für eine gute duale Ausbildung befragt.

Erfüllbar seien diese Anforderungen einer anspruchsvollen Ausbildung aber nur, wenn vor allem eine fachlich und didaktisch kompetente Betreuung der Auszubildenden gewährleistet sei. Im betrieblichen Ausbildungsverlauf komme es dabei besonders darauf an, dass das Ausbildungspersonal dauerhaft präsent sei, klare Arbeitsanweisungen gebe und auch regelmäßig eine Rückmeldung zum Ausbildungsverlauf von den Auszubildenden selbst eingeholt werde. Zudem sei es sehr wichtig, dass im Betrieb eine gewisse Toleranz gegenüber Fehlern herrsche – eigentlich ein guter Eckpunkt für gute Arbeit überhaupt.

Auch die Ergebnisse einer Regionalstudie der Universität Bremen – veröffentlicht in Kooperation mit dem BIBB – zeigen, dass die Gestaltung des Lernprozesses einen zentralen Einfluss auf die Qualität der Ausbildung hat. Rund 400 Jugendliche des dritten Ausbildungsjahres wurden zur Qualität der Ausbildung im Handwerk befragt.

Zwei von drei Bremer Auszubildenden geben dabei an, fachlich gut angeleitet zu werden, Aufgaben selbstständig lösen und hierbei auch Fehler machen zu dürfen. Die Auszubildenden zeigten sich mit dem kommunikativen Austausch in ihrer Ausbildung überwiegend zufrieden.

Allerdings gibt es auch deutliche Hinweise auf Schwierigkeiten in der Ausbildung: So geben 43 Prozent der Befragten, die am Ende ihrer Ausbildung stehen, an, dass sie häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben. Fast jeder Zweite erlebt während seiner Ausbildung ständigen Termin- und Zeitdruck. Jeder Dritte gibt an, dass er Ärger bekomme, wenn er die Aufgaben nicht lösen könne. Darüber hinaus bedrückt etwa jeden vierten (!) Auszubildenden die unpünktliche Zahlung seiner Ausbildungsvergütung.

Besonders gut sieht es also noch nicht aus – für die gute Ausbildung. [S](#)

www.expertenmonitor.de

Song getextet – gewonnen

»Gelbe Hand«-Wettbewerb gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus: Ein Rap-Song von Frankfurter BerufsschülerInnen gewinnt.

Den ersten Preis – 1.000 Euro – im »Gelbe Hand«-Wettbewerb gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus des gewerkschaftlichen Kumpelvereins haben SchülerInnen der Beruflichen Schule Berta Jourdan aus Frankfurt/M. gewonnen. Sie texteten einen Song über Rassismus, Mobbing und Diskriminierung, den sie anschließend in einem Tonstudio einsangen.

Zum vierten Mal hat der Verein »Mach meinen Kumpel

nicht an!« im Dezember 2008 junge Menschen für ihre Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ausgezeichnet. SchülerInnen an Berufsschulen, Auszubildende aus Verwaltungen sowie Jugendliche, die sich in einer betrieblichen Ausbildung befinden, konnten mit Filmen, Aufsätzen, Collagen, Songs und vielem mehr am Wettbewerb teilnehmen. Mit ihrem Engagement wirkten sie Ausländerfeindlichkeit entgegen und trugen zur Aufklärung und mehr Toleranz in der Arbeitswelt bei, heißt es beim Verein.

Die Preisverleihung fand in den Räumen der IG BCE-Hauptverwaltung in Hannover statt. »Ich hoffe, dass das Thema Diversity mit den vielen Chancen, die eine kulturelle Vielfalt zweifellos eröffnet, im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass

verstärkt zur Wirkung kommt«, sagte der IG BCE-Vorsitzende Hubertus Schmoltdt.

Den zweiten Platz (750 Euro) belegten Auszubildende von ThyssenKrupp Nirosta. Sie hielten ihre Erlebnisse und Eindrücke einer Studienfahrt nach Auschwitz und Krakau auf einer CD fest.

Angehende Fachverkäuferinnen im Lebensmittelhandwerk von der Service und Messe GmbH der Handwerkskammer Koblenz sind auf dem dritten Platz (500 Euro) gelandet: Die Azubinen hatten die vorhandene Internationalität von alltäglichen Backprodukten in einer Bistroküche aufgearbeitet.

Außerdem wurden in diesem Jahr zwei Spezialpreise vergeben. Der Sonderpreis Niedersachsen, der vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Integration verliehen wurde, ging an die beiden

Rapper KoK und DeKO aus Salzgitter. Die Künstler hätten mit ihrem Song »Niedersachsen passt auf! Gemeinsam gegen Rechts« ihr besonderes Engagement gegen Rassismus gezeigt, so die Begründung.

Den Sonderpreis der DGB-Jugend NRW erhielt die Jugend der Förderung demokratischer Arbeitervereine (DIDF) Krefeld für eine Sequenz aus ihrem Film »Vorurteile«, in der diskriminierende Situationen bei Bewerbungsgesprächen für Auszubildende nachgestellt werden. »Migration muss ein Kernthema für Jugendarbeit in den kommenden Jahren werden. Wir begrüßen es



»Gelbe Hand« gewinnt: SchülerInnen aus Frankfurt

außerordentlich, dass die DIDF einen Beitrag zu Integration und Migration im Alltag geleistet hat«, erläuterte Antonia Kühn von der DGB-Jugend NRW.

Der Kumpelverein engagiert sich schon seit über 20 Jahren gegen Rassismus und tritt für die gleichen Rechte für alle ein. Unter dem Logo der »Gelben Hand« wurde 1986 von

der Redaktion des Gewerkschaftsmagazins »ran« und der Gewerkschaftsjugend schließlich

»Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V. gegründet. Die »Gelbe Hand« wurde im Laufe der Jahre immer mehr zum übergreifenden Symbol gegen Fremdenfeindlichkeit.

Der Schwerpunkt des Vereins liegt in der aufklärenden und präventiven Tätigkeit. Er unterstützt Jugendliche und Erwachsene in ihrem sozialen und politischen Engagement für die Gleichberechtigung von MigrantInnen. Dies umfasst die Arbeitswelt, aber auch Aktionen im Jugend-, Schul- und Sportbereich. [S](#)

Der Gewinner-Song zum Anhören:
www.gelbehand.de/data/01_titel_01.mp3

...im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass verstärkt zur Wirkung kommt.« Hubertus Schmoltdt

JAV-RATGEBER SPEZIAL

Standardausrüstung

Die Interessen jugendlicher ArbeitnehmerInnen werden durch die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) wahrgenommen. Die rechtlichen Grundlagen finden sich im Betriebsverfassungsgesetz, im Berufsbildungs- und im Jugendarbeitsschutzgesetz.

Und die können ein wahrer Dschungel sein. Damit man hier nicht komplett den Überblick verliert, gibt es das Lexikon »Die Praxis der Jugend- und Auszubildendenvertretung von A bis Z«. Das Nachschlagewerk beantwortet in über 140 Stichwörtern alle für die Vertretung der jugendlichen relevanten Fragen – einschließlich der Besonderheiten für die Gesamt- und Konzern-JAV. Darüber hinaus gibt es zahlreiche An-

merkungen, Beispiele sowie Mustertexte für die tägliche Arbeit. Eine beigelegte CD-ROM enthält Arbeitshilfen, Formulare und Rechtstexte.

Jedes Stichwort bietet rechtliche Hinweise und praktische Hilfen für den betrieblichen Alltag. Die neue Ausgabe berücksichtigt alle aktuellen Rechtsentwicklungen, wie etwa das neue Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Weiterhin sind neue Stichwörter aufgenommen worden. So z.B. die »Praktikanten« und das »EQJ« als neue Form des Berufseinstiegs. Ebenso hat die europäische Dimension stärkere Berücksichtigung gefunden: mit den Stichwörtern »Europäischer Qualifikationsrahmen« und »Europäische Kernberufe«.

Trotz zwischenzeitlicher konjunktureller Aufwärtsentwicklung ist das Thema Ausbildung

nach wie vor skandalgeprägt. Im Vordergrund der gewerkschaftlichen Arbeit steht der Einsatz für eine qualifizierte Berufsausbildung. Aktualisiert worden sind deswegen die Stichworte »Modulausbildung« und »Einfachberufe/Schmalspurausbildung«.

Das Buch wendet sich vorrangig an JAV-PraktikerInnen in den Betriebsräten und Gewerkschaften. Daneben bietet es aber auch allen anderen Interessierten die Möglichkeit, sich umfassend über die Arbeit der JAVen zu informieren. [S](#)

Dieter Lenz, Claudia Meyer, Jürgen Rattayczak, Thomas Ressel, René Rudolf: Die Praxis der Jugend- und Auszubildendenvertretung von A bis Z, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2008, 5. Auflage, 509 S., 49,90 Euro



Neues Jahr, neues Geld: Beihilfen für Azubis

Wie finanziert man sich selbst? 2008 wurde die Berufsausbildungsbeihilfe erhöht. Außerdem ist die Mietbeihilfe der ARGEn gestiegen, die Azubis zusätzlich beantragen können. Und ganz wichtig: Ab jetzt gibt es mehr Kindergeld.

Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)

Grund für die Erhöhung der Berufsausbildungshilfe ist das 22. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (22. BAföGÄndG), an dem sich auch die Sätze der BAB orientieren.

Die wichtigsten Änderungen sind:

- Die Bedarfssätze steigen um ca. zehn Prozent – von 310 auf 340 Euro
- Die Freibeträge für das anzurechnende Einkommen erhöhen sich um ca. acht Prozent. Bezieht ein Azubi zum Beispiel Waisenrente, gilt hier ab jetzt ein Freibetrag von 120 statt bisher 112 Euro
- Die Freibeträge beim Einkommen der Eltern wurden angehoben.

Für Auszubildende gilt jetzt ein Anrechnungsfreibetrag bei Einkünften aus einem Nebenjob. Bis jetzt war für viele BAB-BezieherInnen ein Nebenjob unrentabel, da durch die zusätzlichen Einkünfte die BAB gesenkt wurde, sodass von den Nebeneinkünften wenig bis nichts übrig blieb. Jetzt gilt: Einkünfte aus einem Ne-

benjob bis zu 255 Euro monatlich werden nicht auf die BAB angerechnet. Übt der Azubi einen 400-Euro-Job aus, bleiben die gesamten Einkünfte anrechnungsfrei, da hier zusätzlich die Werbungskosten- und die Sozialpauschale berücksichtigt werden.

Die Arbeitsagenturen berechnen die BAB bei den laufenden Fällen automatisch neu, es muss kein Änderungsantrag gestellt werden.

Etwas anderes gilt, wenn Auszubildende vor August 2008 einen Antrag gestellt haben – und dieser abgelehnt wurde, da das Einkommen der Eltern zu hoch war oder kein ausreichender Bedarf vorlag.

In diesen Fällen kann es sein, dass durch die Änderungen jetzt ein Anspruch auf BAB besteht. Dies kann im BAB-Rechner der Arbeitsagentur überprüft werden, in den die Neuerungen bereits eingepflegt sind. Betroffene sollten dann einen erneuten Antrag stellen.

Was oft vergessen wird: Der Anspruch auf BAB besteht auch für TeilnehmerInnen an berufsvorbereitenden Maßnahmen. Im Gegensatz zu Auszubildenden können diese auch BAB bekommen, wenn sie bei ihren Eltern leben. Außerdem wird deren Einkommen nicht angerechnet. Der Bedarf für den Lebensunterhalt wurde hier 2008 ebenfalls auf 212 Euro erhöht. Wenn zur Teilnahme an der Maßnahme eine auswärtige Unterbringung nötig ist, beträgt der Grundbedarf sogar 383 Euro. Hinzu kommen eventuell ein Zuschuss zu den Mietkosten, Fahrtkosten und Pauschalen für sonstige Aufwendungen wie zum Beispiel Lernmittel. Außerdem übernimmt die Arbeitsagentur bei TeilnehmerInnen an berufsvorbereitenden Maßnahmen die Beiträge zur Sozialversicherung.

Im Sozialgesetzbuch: Mietbeihilfe für Azubis

Zusätzlich zur BAB können Auszubildende nach § 22 Abs. 7 Sozialgesetzbuch (SGB) II bei der Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune (ARGE) Mietbeihilfe beantragen, wenn der in der BAB enthaltene pauschale Mietzuschuss die realen Mietkosten nicht abdeckt.

Dazu müssen sie allerdings einige Voraussetzungen erfüllen:

- Der Auszubildende muss unter 25 Jahre alt sein
- Die Mietbeihilfe muss vor dem Auszug bei den Eltern bei der ARGE beantragt werden
- Die Wohnung muss – was Größe und Kosten betrifft – »angemessen« sein.

Diese Möglichkeit gab es schon seit längerem, aber seit dem 1. September 2008 haben die ARGEn die Berechnung der Mietbeihilfe geändert. In der Regel steigt die Mietbeihilfe durch die neue Berechnungsform deutlich an!

Eine weitere wichtige Neuerung: Die Mietbeihilfe können jetzt auch Auszubildende erhalten, die keinen Anspruch auf BAB haben. Falls die


BAB allerdings »dem Grund nach« abgelehnt wurde – z.B. weil es die zweite Ausbildung oder kein staatlich anerkannter Ausbildungsberuf ist – sollten die Azubis prüfen, ob sie nicht Anspruch auf Wohngeld haben.

Beschluss der Regierung: Mehr Kindergeld 2009

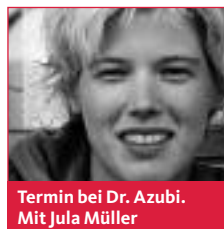
Die Bundesregierung hat Ende 2008 beschlossen, das Kindergeld 2009 anzuheben. Seit dem 1. Januar 2009 bekommen Eltern für die ersten beiden Kinder 164 Euro (statt bisher 154 Euro). Für das dritte Kind gibt es dann 170 Euro (statt bisher 154 Euro). Für das vierte und alle weiteren Kinder erhalten Eltern 2009 sogar 195 Euro im Monat (statt bisher 179 Euro).

Auch diese Neuerung kommt vielen Auszubildenden zu Gute, da die Eltern ihnen das Kindergeld auszahlen müssen, wenn sie nicht mehr zu Hause leben.

Sozialversicherungsbeiträge steigen

Ein kleiner Wermutstropfen ist der neue Gesundheitsfonds. Der Beitragsatz beträgt nun für alle Krankenkassen 15,5 Prozent. Für die meisten Auszubildenden dürfte dies eine Erhöhung ihrer Beitragssätze bedeuten. Diese Verschlechterung wird teilweise durch die sinkenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 2,8 Prozent aufgefangen. 

BAB-Rechner: www.berufsausbildungsbeihilfe-rechner.arbeitsagentur.de




Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

DR. AZUBI – IM FORUM

Angaben ohne Eltern

Im Beratungsforum von »Dr. Azubi« melden sich immer wieder Auszubildende mit folgendem Problem: Sie möchten einen Antrag auf BAB stellen, aber die Eltern verweigern die notwendigen Angaben, sodass der Antrag nicht bearbeitet werden kann und keine Auszahlung erfolgt.

In diesen Fällen muss die zuständige Arbeitsagentur einspringen, wenn der Auszubildende einen Antrag auf Vorausleistung nach § 72 SGB III stellt. Dann geht der Anspruch des Auszubildenden gegenüber den Eltern auf die Arbeitsagentur über. Sie fordert die fälligen Unterhaltszahlungen oder Angaben direkt von den Eltern ein und zahlt dem Auszubildenden die BAB aus. 

Gestaute Weihnachten

DGB- und ver.di Jugend Berlin: Zum Jahreswechsel Ausbildungsstau für mehr Qualität.

Jahreswechsel im Ausbildungsstau: Mit einem bewusst herbeigeführten Verkehrsstopp haben GewerkschaftsaktivistInnen der DGB- und der ver.di Jugend in Berlin Mitte Dezember 2008 auf die Misere in der deutschen Ausbildungslandschaft aufmerksam gemacht. »Fachkräfte brauchen gute Ausbildung, und gute Ausbildung braucht Qualität!«, sagt Daniel Wucherpennig, Bezirksjugendsekretär beim DGB Berlin-Brandenburg.

Die Aktiven der Gewerkschaftsjugend hatten zuvor die Kreuzung Leipziger Straße/Ecke Friedrichstraße im Berliner Zentrum mit rot-weißen Absperrbändern abgeriegelt. Die Idee: Ähnlich wie die langen Autokolonnen stocken, stauen sich vie-

le Ausbildungsbiografien. Und: Neben der immer noch bestehenden Ausbildungsplatzlücke ist auch die mangelnde Qualität in der Ausbildung ein Problem.

Viele Autofahrer zeigten Verständnis für die Sorgen der jungen Menschen.

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg und der Berufsbildungsbericht 2007 der Bundesregierung zeigen, dass sich im Bereich der Qualität der Ausbildung insbesondere in Berlin und Brandenburg viel tun muss: Hier gibt es die höchste Abbrecherquote unter den Auszubildenden bundesweit. Und hier werden mit die niedrigsten Ausbildungsvergütungen gezahlt.

Die DGB-Jugend bemängelt, dass gesetzliche Normen nicht eingehalten werden und die Jugendlichen oft nicht wissen, welche Rechte sie überhaupt besitzen. Die Kammern, die eigentlich neutral staatliche

BERLIN-BRANDENBURG

Die DGB-Jugend fordert

- Eine Mindestausbildungsvergütung von 500 Euro
- Eine flächendeckende Beratungsstruktur für Auszubildende und SchülerInnen
- Qualitätsstandards, die die Politik der Wirtschaft vorgibt – insbesondere, wenn öffentliche Mittel an Bildungsträger fließen.

Aufgaben wahrnehmen sollten, vertreten lieber die Interessen der Arbeitgeber als die der Auszubildenden. »Wir fordern Wirtschaft und Politik auf, mehr für die Qualität der Ausbildung zu tun. Wir benötigen gut ausgebildete Fachkräfte, dafür muss die Berliner und Brandenburger Wirtschaft mehr tun, als nur den Mangel an Fachleuten zu beklagen«, so Wucherpennig.



Berlin, Friedrichstraße: Luxusallee dicht...



...Ausbildung für alle, bitte

KURZ UND KLEIN

Die **DGB-Jugend Saar** veranstaltet nach den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) die passende Fete: am 24. Januar 2009, 20 Uhr im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel. »Umrahmt wird das Ganze mit der Band Foolin' Around, danach gibt's Musik aus der Dose« (DGB-Jugend Saar). Man munkelt, die Getränkepreise sollen »extra niedrig« (auch DGB-Jugend Saar) gehalten werden. Spezial-Bonus: Für JAVis, die Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sind, ist der Eintritt frei.

www.dgb-jugend-saar.de

Am 13. Februar 2009 jähren sich die Luftangriffe auf Dresden 1945. Ebenso die Aufmärsche der Irren: Die NPD wird am 14. Februar versuchen, mit Rechtsextremen aus ganz Europa die Erinnerung an die Opfer der Bombardierungen für ihre revanchistischen Zwecke zu missbrau-

chen. Dieses Treffen von Alt- und Jungnazis ist für rechtsextreme Kreise derzeit das maßgebende Mobilisierungstreffen.

Für die Gegner aber auch: Die Aufmärsche in Dresden blieben zwar nie ohne Gegenwehr aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum. Aber es ist bisher nicht gelungen, den Neonazispuk zu verhindern.

Dieses Jahr will das von der Gewerkschaftsjugend unterstützte Bündnis »**Geh denken**« dem rechten Defilée entgegenreten. Unterstützung ist gefragt!

www.geh-denken.de

Vorbildlich: Die Auszubildenden und jungen Beschäftigten im RWE-Konzern konnten einen Tarifvertrag zur unbefristeten Übernahme durchsetzen. Mit der Zustimmung der von der **ver.di Jugend** unterstützten Jugendtarifkom-

mission wurden die im Juli 2008 begonnenen Tarifverhandlungen erfolgreich beendet.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt: Ab 2008 werden jedes Jahr mindestens 225 Ausgebildete unbefristet übernommen. Dies gilt für die Dauer von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2012. Die Einstellungen erfolgen in der Regel in den Ausbildungsunternehmen zu den dort geltenden Tarifbedingungen. Eine Einstellung über Dritte ist unzulässig. Weiter haben sich die Tarifvertragsparteien verpflichtet, rechtzeitig über eine Nachfolgeregelung ab 2013 zu verhandeln. **Soli aktuell meint:** Prima. So sollen Tarifverträge aussehen.

Noch ein Termin: Die **ver.di Jugend**-Europakonferenz findet vom 20. bis zum 22. Februar 2009 statt.

Beides: www.verdi-jugend.de

BUCHTIPP DES MONATS

Nachwuchs-Sozialwissenschaftler Alexander Stock hat das Rekrutierungsmanagement politischer Nachwuchsorganisationen unter die Lupe genommen: In seinem Buch »Neumitglieder im Visier« hat er die Mitgliedergewinnung der NRW-Landesverbände von Jusos, Junge Union, Jungen Liberalen und Grüne Jugend untersucht. Erstaunliches Ergebnis: Die Parteien müssen gerade nicht ihre Programmatik über Bord werfen und sich zur Spaßpartei wandeln, um Jugendliche für sich zu begeistern. Stock: »Die wichtigste Erkenntnis ist sicher: Junge Leute sind nach wie vor bereit, sich politisch zu engagieren. Aber die Instrumente, wie man sie begeistert und langfristig an sich bindet, haben sich gewandelt.« Wie das aussieht, ist nachzulesen in:

Alexander Stock: Neumitglieder im Visier: Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände, Tectum, Marburg 2008, 163 S., 24,90 Euro

+ Jugendwörter des Jahres 2008:

1. Gammelfleischparty – 2. Bildschirmbräune – 3. unterhopft – 4. Dantenzäpfchen – 5. Stockente.
Die Ermittlung des Jugendwortes ist das Ergebnis einer Umfrage des Langenscheidt-Verlages plus Entscheidung einer Jury aus echten und Berufsjugendlichen.
Die Bedeutungen: 1. Über-30-Party – 2. vornehme Blässe von Computernerds – 3. unterbetrunken – 4. USB-Stick – 5. Nordic-WalkerIn.

Infos: www.jugendwort.de

+ Schatz, das Kino ist im Internet:

Das gibt's nicht – der komplette Film »Grundeinkommen« (100 Min.) ist jetzt online. Wie und wo funktioniert eigentlich Grundeinkommen? Und für wen? In den Gewerkschaften ist der arbeitsunabhängige Lohn durchaus umstritten. Der Film erklärt, wer was finanzieren und bewirken soll.



www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen

+ Aufklärung: Im Frühjahr 2009 feiert die Nato ihren 60. Geburtstag. Die internationale Friedensbewegung hat bereits zu Protesten aufgerufen. Uli Cremer beschreibt den Weg der Organisation vom weltweit führenden Militär- zum Kriegsbündnis.

Uli Cremer: Neue NATO: Die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt, VSA-Verlag, Hamburg 2009, 160 S., 14,80 Euro



+ Literatur: »Eine ganze Menge Leben« ist das Resultat einer Projektarbeit von Jugendlichen, die im Heim leb(t)en und gemeinhin als benachteiligt bezeichnet werden.

Ann Ida Mueller, Janina Baumann (Hg.): Eine ganze Menge Leben. Mit einem Vorwort von Klaus Hurrelmann, Lambertus, Freiburg 2008, 132 S., 19,90

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Abowerwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Students at work – das Beratungsprojekt der DGB-Jugend: In diesem Einführungsseminar werden umfassende Grundkenntnisse über die sozial- und arbeitsrechtlichen Seiten des Studierendentums vermittelt. Ausgehend von den allgemeinen Regelungen werden Besonderheiten des Studienstatus gewerkschaftspolitisch debattiert. Für Studierende, die in Zukunft in den gewerkschaftlichen Hochschulinformationsbüros und Campus Offices als BeraterIn arbeiten möchten.

9. bis 13. März 2009, DGB-Bildungszentrum Hattingen.
Buchungscode ABE 609378805

Betzavta-Seminar – zum Anschnuppern: »Miteinander«, die deutsche Übersetzung des hebräischen »Betzavta«, beschreibt das Ziel dieses Trainingsprogramms sehr genau: Denn bei Betzavta geht es um das Erlernen und Begreifen eines demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft. Die Methoden beziehen die Lebenswelt und Individualität der Teilnehmenden mit ein. Durch diesen Ansatz wird ein sehr persönlicher Zugang zu den Inhalten geschaffen.

6. bis 8. März 2009, DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen.
Buchungscode BEE 609268804

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	